

Äthiopien hungert nach Demokratie

Geringe Erfolgchancen für die Opposition bei den Parlamentswahlen vom 23. Mai

Am Sonntag wählt Äthiopien zum vierten Mal seit dem Sturz Mengistus 1991 seine Volksvertreter. Gewinnen wird voraussichtlich die Partei von Premierminister Meles. Obwohl die Demokratiedefizite offensichtlich sind, stützt das Ausland Meles.

Tobias Hagmann

Bereits sechs Wochen vor dem Wahltermin erklärte Premierminister Meles Zenawi im Staatssender Ethiopian Television die anstehenden Bundes- und Regionalwahlen als frei, demokratisch, friedlich und glaubwürdig. Seine Aussage ist beispielhaft für Äthiopiens politische Entwicklung, die in den vergangenen Jahren immer stärker widersprüchliche Züge angenommen hat. Im afrikanischen Land mit der zweitgrössten Bevölkerung (rund 80 Millionen) verkündet die regierende Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) ohne Unterlass ihre demokratischen Errungenschaften. Gleichzeitig bestraft und marginalisiert die Partei der Biene – das Wahlsymbol der EPRDF – all jene Bürger, die abweichende Meinungen vertreten.



Anhänger der Regierungspartei an einer Wahlveranstaltung im Teilstaat Oromia.

BARRY MALONE / REUTERS

Erbitterter Wahlkampf

Knapp 80 Parteien buhlen um die Stimmen der über 32 Millionen registrierten Wählerinnen und Wähler. Die meisten äthiopischen Parteien organisieren sich nach ethno-linguistischer Zugehörigkeit. Grosse regionale, kulturelle und wirtschaftliche Gegensätze kennzeichnen die äthiopische Landkarte und Wählerschaft von der im Hochland gelegenen Millionenmetropole Addis Abeba bis zu den dünnbesiedelten Grenzgebieten im Südosten und -westen des Landes. Gewählt werden am Sonntag die Mitglieder der beiden Parlamentskammern, des 547-köpfigen House of People's Representatives und des 110 Sitze umfassenden House of Federation. Zudem werden die Legislativen der neun Teilstaaten und die Stadträte von Addis Abeba und Dire Dawa neu bestellt.

Wichtigster Herausforderer der EPRDF ist das Ethiopia Federal Democratic Unity Forum (Medrek), eine lose Allianz heterogener Oppositionsparteien, die vom populären Biologieprofessor Beyene Petros angeführt wird. Medrek vereint einstige Mitstreiter der regierenden EPRDF wie den Ex-Präsidenten Negasso Gidada oder den ehemaligen Verteidigungsminister Siye Abraha mit Vertretern der historisch unterdrückten Völker des Südens und pan-äthiopischen Nationalisten der ehemaligen Coalition for Unity and Democracy (CUD). Gemeinsamer Nenner der Medrek-Mitglieder ist ihre Abneigung gegen den Einparteiestaats der EPRDF.

Weitere bedeutende Oppositionsparteien sind die All Ethiopia Unity Party, die Ethiopian Democratic Party sowie Splitterparteien der CUD, die 2005 als stärkste Oppositionspartei aus den Wahlen hervorging. Die Oromo Liberation Front und die Ogaden National Liberation Front verzeichnen zwar einen Rückhalt in den Teilstaaten Oromo und Somali. Als bewaffnete Gruppierungen sind sie aber von den Bundes- und den Regionalwahlen ausgeschlossen.

Revolutionäre Demokratie

Die Machtverhältnisse zwischen der straff organisierten EPRDF und der schwachen Opposition sind im Wahlkampf offensichtlich geworden. Die Führer der Oppositionsparteien sind Rivalen und gehen opportunistisch wechselnde Allianzen ein. Sie verfügen über deutlich weniger Ressourcen als die EPRDF. Gleichzeitig beklagen sie sich über die Einschüchterung ihrer Kandidaten durch lokale Regierungs- und Parteifunktionäre. Der zu Beginn eher ruhige Wahlkampf wurde in den vergangenen Wochen immer erbitterter

geführt. Mehrere Anhänger der Opposition und vor kurzem auch ein Polizist kamen bei Streitigkeiten ums Leben. Zu den grössten Streitpunkten im Wahlkampf gehören die Nationalitätenfrage und die expansive Wirtschaftspolitik des Regimes, die seit drei Jahren die Getreidepreise in die Höhe treibt.

Während die EPRDF nach aussen das Bild einer lebendigen Demokratie zu vermitteln versucht, duldet sie im Innern Kritik nur in sehr engen Grenzen. Der Spielraum für oppositionelle und bürgergesellschaftliche Akteure, die von der Regierungspartei abweichende Ideen vertreten, ist gering. Wer öffentlich Stellung gegen die Machthaber bezieht, wird von diesen als Unruhestifter, Umstürzler oder Gegner der Demokratie bezeichnet und muss mit einschneidenden Konsequenzen rechnen. Belästigung, Inhaftierung, Benachteiligung bei der Vergabe von Krediten, Dünger und Boden sowie Ausschluss von öffentlichen Ämtern gehören zu den Druckmitteln, mit denen die Regierung die ländliche Bevölkerung gefügig macht.

Pluralismus und Ideenwettbewerb fehlen im Weltbild der einstigen Kämpfer der marxistisch-leninistischen Tigray People's Liberation Front (TPLF), des eigentlichen Machtzentrums der EPRDF-Koalition. Führende Parteikader um Meles Zenawi verwenden zwar gewandt das politisch korrekte Vokabular von Demokratie, Partizipation und guter Regierungsführung, pflegen aber in der politischen Auseinandersetzung einen autoritären Stil. Bis heute schult die EPRDF ihre Mitglieder in der parteieigenen Doktrin der «revolutionären Demokratie», welche auf einem sozialistischen Politikverständnis beruht. In der Tradition des demokratischen Zentralismus entscheiden die nationalen und regionalen Zentralkomitees der Regierungspartei zum Wohl der Massen. Hinter den Kulissen von ethnisch definiertem Föderalismus und administrativer Dezentralisierung prägt deshalb der zentralisierte EPRDF-Parteiapparat den Alltag der rund 85 Millionen Äthiopier. Angesichts der umfassenden Kontrolle aller Verwaltungseinheiten – von der Bundesregierung über die Regionalregierungen bis zu den Distrikten und Lokalbehörden – durch die EPRDF überraschen die Klagen der Opposition über andauernde Schikanen durch lokale Regierungsvertreter nicht. Die dominante Machtposition der EPRDF gründet mittlerweile weniger auf demokratischer Legitimation als auf ihrer Instrumentalisierung sämtlicher staatlicher Institutionen. Lokale Milizen, Polizei und Armee werden allesamt von Anhängern der Regierungspartei

befehligt. An den Schaltstellen der Sicherheitskräfte und Geheimdienste sitzen im gesamten Land Militärs tigrinischer Abstammung, die das Vertrauen der TPLF geniessen.

Staat und Partei – einerlei

Da die grosse Mehrheit lokaler Beamten zur EPRDF gehört, wird in den ländlichen Gebieten Äthiopiens kaum ein Unterschied zwischen staatlichen Strukturen und der Partei gemacht. Die Vermischung von Staat und Herrschern hat denn auch eine lange Tradition im äthiopischen Hochland. So verwenden äthiopische Bauern den amharischen Ausdruck «mengist», der Regierung, Machthaber, aber auch eine schicksalhafte, nicht zu hinterfragende Autorität bezeichnet.

Die EPRDF hält mit allen Mitteln an der Macht fest. Damit verhindert sie genau jene Demokratisierung, die sie



500 Kilometer NZZ-INFOGRAFIK/mel.

selbst anlässlich des Sturzes des Diktators Mengistu Haile Mariam 1991 in Aussicht gestellt hatte. 20 Jahre später hält die Regierung die Medien und zivilgesellschaftliche Akteure mit restriktiven Gesetzen und willfährigen Gerichten an der kurzen Leine. Mit Ausnahme ausländischer Radiosender, die in verschiedenen Lokalsprachen senden, existieren heute keine ernst zu nehmenden unabhängigen Medien in Äthiopien. Ein Anfang 2009 verabschiedetes Gesetz verbietet dem Gros der Nichtregierungsorganisationen, sich politisch oder für die Menschenrechte zu betätigen. Kritiker und Dissidenten müssen zudem damit rechnen, im Namen des Anti-Terror-Gesetzes verfolgt zu werden. Dieses verschafft den Behörden weitreichende polizeiliche Kompetenzen gegen unliebsame Personen. Eingedenk der Dominanz der EPRDF und andauernder Repression gegen die Opposition bezeichnen unabhängige Beobachter die kommenden Wahlen als bereits ausgemachte Sache.

Ein Rückblick auf den Verlauf bisheriger Wahlgänge in Äthiopien seit

der Einführung der Mehrparteiendemokratie bringt folgende Muster zum Vorschein:

- Die EPRDF und ihre verbündeten Satellitenparteien in den Tieflandregionen dominierten dank organisatorischer Überlegenheit und skrupelloser Belästigung gegnerischer Kandidaten.
- Viele Wähler befürchten zu Recht oder zu Unrecht, dass sie von den lokalen Kebele-Behörden, der untersten Verwaltungseinheit Äthiopiens, bestraft werden, falls sie für die Opposition stimmen.
- In städtischen Ballungszentren wie der Hauptstadt, wo die meisten internationalen Organisationen ihren Sitz haben, gingen die Wahlen meist freier und wettbewerbsbetonter über die Bühne als in den ländlichen Gebieten.
- Misstrauen, Dialogverweigerung und Verschwörungstheorien charakterisieren die Beziehungen zwischen Regierungs- und Oppositionsvertretern.

Die grosse und bisher einzige Ausnahme waren die Bundes- und Regionalwahlen von Mai 2005, in denen die EPRDF unerwartet 172 Parlamentssitze an ihre Gegner verlor. Die Hoffnung auf einen Machtwechsel an der Urne begeisterte weite Teile der Bevölkerung. Sie wurde jedoch jäh zerschlagen, als Sicherheitskräfte bei Strassenprotesten rund 200 Demonstranten erschossen und über 30 000 junge Männer vorübergehend in Haft nahmen. Die gesamte Führungsriege der CUD wurde wegen Hochverrats verurteilt und im Sommer 2007 unter strengen Auflagen begnadigt. Wieder festgenommen wurde die 36-jährige Richterin Birtukan Mideksa, welche die Partei Unity for Democracy and Justice (UDJ) führt. Ihre Anhänger in Äthiopien und in der Diaspora betrachten sie als Symbol für den demokratischen Widerstand und verlangen ihre sofortige Freilassung.

Keine Wiederholung von 2005

Oberstes Ziel der EPRDF bei den gegenwärtigen Wahlen ist das Wettmachen der Wahlschlappe von 2005. Neben den Repressionen politischer Kontrahenten und der feinmaschigen Überwachung der Bevölkerung setzt die EPRDF dabei auch auf ökonomische Anreize. Wer die Partei unterstützt, erhält erleichterten Zugang zu höherer Bildung, Anstellung im öffentlichen Sektor und Hilfe bei der Firmengründung. Mit dieser bisher erfolgversprechenden Strategie soll die städtische Mittelklasse der Amhara und der Gurage, die 2005 mehrheitlich für die CUD stimmte, auf die Seite der EPRDF

gebracht werden. Mit dieser Neuorientierung einher geht eine teilweise Abkehr von der Landbevölkerung, deren Wohlfahrt bisher zentraler Bestandteil der Regierungsanstrengungen war.

Wechselnde Rhetorik

Seit ihrer Machtübernahme hat sich die Rhetorik der EPRDF merklich verändert. Anfang und Mitte der neunziger Jahre galt die Losung, dass Äthiopiens wirtschaftliche Entwicklung nur durch Demokratisierung und ethno-nationale Selbstbestimmung erreicht werden könne. Doch weil die EPRDF nicht daran dachte, die Kontrolle über den Staatsapparat und beachtliche Teile der Wirtschaft abzugeben, nahm eine neue Argumentation überhand. Seit das Land zweistellige Wachstumsraten verzeichnet, gilt die Parole, dass Entwicklung gemäss den Fünfjahresplänen der Regierung die Voraussetzung für eine politische Liberalisierung sei. Die EPRDF kann tatsächlich eindruckliche Fortschritte bei der Armutsbekämpfung, der Einschulung und der Gesundheitsversorgung vorweisen. Nach offiziellen Angaben ist der Anteil der Bevölkerung mit einem täglichen Einkommen von weniger als einem Dollar von über 60 Prozent im Jahr 1990 auf derzeit 28 Prozent geschrumpft.

Trotz der spektakulären Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und den grossen Investitionen durch chinesische, indische und saudiarabische Körperschaften wird rund ein Drittel des äthiopischen Staatshaushalts aus Mitteln der Entwicklungshilfe finanziert. Etliche westliche Geberländer verfolgen das autoritäre Gebaren der Regierung mit Sorge. Die meisten sehen in der EPRDF jedoch einen Garant für Stabilität und einen verlässlichen Partner im Kampf gegen den islamistischen Extremismus, der im Nachbarland Somalia auf dem Vormarsch ist. Aus diesem Grund wird die Regierung in Addis Abeba trotz den klar dokumentierten Menschenrechtsverletzungen von Kritik verschont.

Das äthiopische Beispiel zeigt eindrücklich, dass das regelmässige Abhalten von Wahlen auf der Basis eines Mehrparteiensystems allein weder ein Indikator für demokratische Reife noch ein Ausdruck des freien Volkswillens ist. Ähnlich wie die Präsidenten- und Parlamentswahlen im Sudan von Mitte April dienen die äthiopischen Wahlen dem Regime primär zur Legitimierung gegenüber dem Ausland. Langjährige Beobachter bezweifeln gar, dass das Land je einen friedlichen Machtwechsel erleben wird. Christopher Clapham, ein britischer Politologe, der Ende der sechziger Jahre die kaiserliche Politik unter Haile Selassie dokumentiert hatte, prophezeite jüngst pessimistisch, keine äthiopische Regierung werde je ihre Macht an der Urne verlieren.

Heikler Generationenwechsel

Obwohl die EPRDF fest im Sattel sitzt, muss sie sich um ihre Herrschaft sorgen. Der verlustreiche und ungelöste Grenzkonflikt mit dem Nachbarn und ehemaligen Verbündeten Eritrea ist eine innenpolitische Belastung für Premierminister Meles. Dieser muss in den kommenden Monaten zudem einen delikaten Generationenwechsel in seiner Partei vollziehen, der einige Unwägbarkeiten mit sich bringt. Selbst im einst loyalen Stammland Tigray regt sich heute Widerstand gegen die TPLF, welche dort jahrzehntlang immense Popularität genoss. Der autoritäre Kurs der Regierung wird jüngst vermehrt von westlichen Berichterstattern registriert, die sich bisher meist mit Schreckensmeldungen zu Hungerkrisen begnügten. Die Einsicht, dass Äthiopien nicht nur an Hunger, sondern auch an einem eklatanten Demokratiedefizit leidet, will sich bei den Geberländern aber nicht durchsetzen.

Tobias Hagmann lehrt und forscht am Geographischen Institut der Universität Zürich.